

Christopher Daase, Philipp Offermann,
Valentin Rauer (Hg.)

SICHERHEITSKULTUR

Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr

campus

Inhalt

Einleitung

Christopher Daase/Philipp Offermann/Valentin Rauer 7

I. Sicherheitskultur: Begriffe und Konzeption

Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm

Christopher Daase 23

Sicherheitsrecht, -politik und -kultur im demokratischen Verfassungsstaat

Christoph Gusy/Annika Kapitza 45

II. Methodologische Perspektivierungen

Interobjektivität: Sicherheitskultur aus Sicht der Akteur-Netzwerk-Theorie

Valentin Rauer 69

Dispositive der Vorbeugung: Gefahrenabwehr, Resilienz, Precaution

Ulrich Bröckling 93

Resilienz als ›Boundary Object‹

Stefan Kaufmann 109

Sicherheit, Entgrenzung und die Suspendierung des Privaten

Andreas Vasilache 133

III. Gesellschaftliche Gruppen und Akteure

Politische Entscheidungen und das Risiko Terrorismus <i>Hendrik Hegemann/Martin Kahl</i>	159
Natur und Kultur als Quellen der Gefahr – Zum historischen Wandel der Sicherheitskultur <i>Patrick Masius</i>	183
Kooperative Sicherheitspolitik – Safety und Security Governance in Zeiten sich wandelnder Sicherheitskultur <i>Bernhard Frevell/Verena Schulze</i>	205

IV. Normenentwicklung internationaler Sicherheitskultur

Politische Autorität in Nachkriegsgesellschaften: Zur Sicherheitskultur internationaler Administrationen <i>Thorsten Bonacker</i>	229
Humanitäre Interventionen als sicherheitskulturelle Praxis <i>Julian Junk</i>	253
Warum so freundlich? Der Umgang von NGOs mit privaten Sicherheits- und Militärfirmen <i>Andrea Schneiker/Jutta Joachim</i>	277

V. Sicherheits- und Risikoperzeption

Subjektive Unsicherheit <i>Dina Hummelsheim/Dietrich Oberwittler/Julian Pritsch</i>	301
Entscheidungen zwischen gefühlter Sicherheit und bestehendem Risiko <i>Franz Porzsolt, Igor Polianski, Johannes Clouth, Werner Burkart, Martin Eisemann</i>	325
Risikobewusstsein: Sicherheit als Konstrukt gesellschaftlicher Wahrnehmung <i>Lars Gerhold</i>	341
Autorinnen und Autoren	357

Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm

Christopher Daase

Seit einigen Jahren wird in wissenschaftlichen und politischen Kontexten immer häufiger der Begriff der ›Kultur‹ mit dem der ›Sicherheit‹ in Zusammenhang gebracht. Diesem Trend liegt offenbar die Vermutung zugrunde, mit dem Kulturbegriff ließen sich ungleichzeitige Veränderungen von objektiver und subjektiver, nationaler und internationaler, sozialer und militärischer Sicherheit beschreiben und das Verhältnis von sicherheitspolitischen Diskursen und sicherheitspolitischer Praxis analysieren. Noch freilich wird der Begriff der ›Sicherheitskultur‹ so unterschiedlich und unbestimmt verwendet, dass Erkenntnisse aus der einen Disziplin nicht einfach in eine andere übertragen werden können und der politische Sprachgebrauch uneinheitlich bleibt. Kein Wunder, dass Kritiker bereits die Nützlichkeit dieses Konzepts wieder in Frage stellen. Dieser Beitrag – und in der Tat: dieser Sammelband als erster einer Reihe – beabsichtigt demgegenüber, zur weiteren Klärung der Begrifflichkeit beizutragen und Sicherheitskultur als ein interdisziplinäres Forschungsprogramm zu etablieren.

Dabei soll in drei Schritten vorgegangen werden. Zunächst soll der Wandel des Sicherheitsverständnisses skizziert werden, um deutlich zu machen, dass die sicherheitspolitische Forschung auf gesellschaftliche und politische Veränderungen reagiert und die Renaissance des Kulturbegriffs auf den Wandel politischer und sozialer Problemlagen antwortet. Anschließend soll die Entwicklung der Sicherheitsforschung dargestellt und die Rolle des Kulturbegriffs beleuchtet werden. Dabei soll deutlich werden, dass mit Hilfe des Konzepts der Kultur neue Probleme der Sicherheitspolitik erfasst und erforscht werden können und dass ›strategische Kultur‹ und ›Sicherheitskultur‹ je unterschiedliche, wenn auch zusammenhängende Forschungsbereiche umschreiben. Im abschließenden Teil soll anhand von Beispielen gezeigt werden, wie sich ein kulturwissenschaftlicher Ansatz in der Sicherheitsforschung umsetzen lässt und zu welchen Erkenntnissen er beitragen kann.

Der Wandel des Sicherheitsverständnisses

Der Befund, dass sich das Verständnis von Sicherheit in den letzten fünfzig Jahren grundlegend gewandelt hat und sich die Anforderungen an die Sicherheitspolitik dadurch dramatisch verändert haben, dürfte unstrittig sein. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, diesen Wandel zu beschreiben. Man kann begriffshistorisch in die Geschichte zurückgehen, das Verhältnis der Urbegriffe *securus* und *certus* durch die Zivilisationen verfolgen und den konzeptionellen Wandel epochengeschichtlich fassen (Conze 1984; Schrimm-Heins 1990; Wæver 2008; Daase 2010a; Zwierlein 2012); man kann die Entstehung der Unterscheidung von innerer und äußerer Sicherheit im Zuge der Staatenbildung und die tendenzielle Aufhebung dieser Unterscheidung heutzutage thematisieren (Härter 2003; Gusy 2004; Werkner 2010); man kann eine lange Liste immer neuer Gefahren und Herausforderungen erstellen, welche die Sicherheit des Staates, der Gesellschaft oder der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen (Bundesakademie 2001; Debiel 2005). Für den Zweck dieses Beitrags soll nur auf drei Entwicklungen hingewiesen werden: die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, die Überforderung staatlicher Sicherheitspolitik und die Legitimationskrise gouvernementaler und intergouvernementaler Sicherheitsinstitutionen.

Erweiterung des Sicherheitsbegriffs

Wenn man sich einmal nur auf den Sicherheitsbegriff konzentriert (und nicht auch auf verwandte Begriffe blickt) und sich auf die letzten fünfzig Jahre beschränkt, dann kann man zeigen, wie sich die Bedeutung von ›Sicherheit‹ sukzessive erweitert hat. Heute werden viel mehr Probleme als sicherheitsrelevant – und damit als Themen der Sicherheitspolitik – angesehen als früher. An anderer Stelle ist diese Erweiterung ausführlicher dargestellt worden (Daase 2010b; vgl. bereits Daase 1991). Hier sollen nur die vier Dimensionen in Erinnerung gerufen werden, anhand derer sich der Wandel systematisieren lässt. Die erste Dimension betrifft das Referenzobjekt, also die Frage, wessen Sicherheit gewährleistet werden soll. Die zweite Dimension ist die Sachdimension, also die Frage, in welchem Problembereich der Politik Sicherheitsgefahren festgestellt werden. Die dritte Dimension betrifft die Raumdimension, das heißt die Frage, für welches geographische Gebiet Sicherheit angestrebt wird. Die vierte Dimension ist schließlich die Gefah-

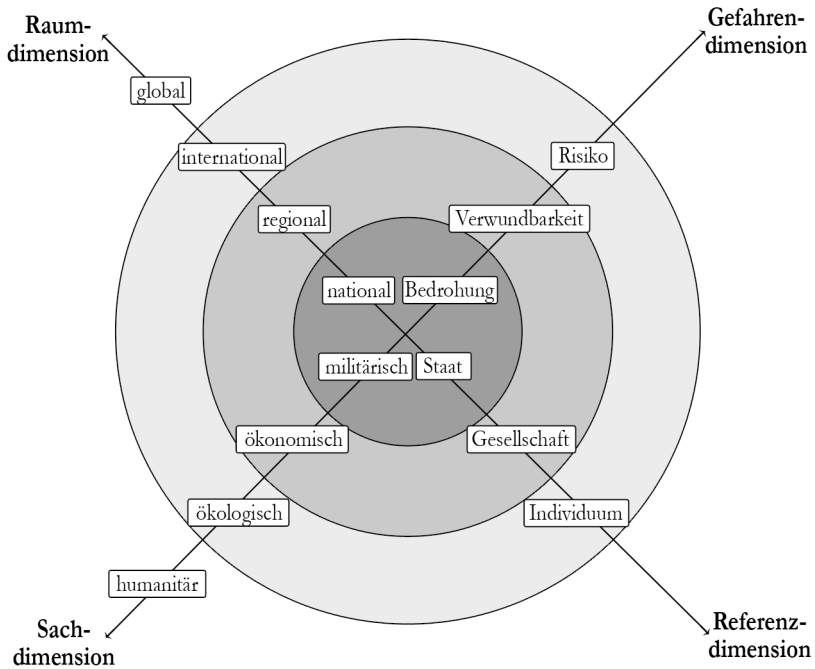


Abbildung 1: Dimensionen der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs
(Quelle: eigene Darstellung)

rendimension, also die Frage, wie das Problem konzeptualisiert wird, auf das Sicherheitspolitik antworten soll. Abbildung 1 stellt die Dimensionen des erweiterten Sicherheitsbegriffs graphisch dar.

Hinsichtlich der Referenzdimension hat sich der Sicherheitsbegriff insofern gewandelt, als nicht mehr nur der Staat, sondern zunächst die Gesellschaft und schließlich das Individuum in den Blick sicherheitspolitischer Überlegungen geraten sind (Wæver 1993; Axworthy 1997). Heute wird ganz selbstverständlich von »menschlicher Sicherheit« gesprochen, die das Ziel nationaler und internationaler Sicherheitspolitik sein müsse (Stein-Kämpfe 2008). Auch im Hinblick auf den geographischen Bezug des Sicherheitsdenkens hat ein Wandel stattgefunden. Nicht mehr nur die eigene nationale, sondern zunächst die regionale, dann die internationale und schließlich die globale Sicherheit wurden thematisiert (Stockholm Initiative 1991). Heute ist es fast unmöglich, Sicherheitsinteressen zu formulieren, ohne ihre globa-

len Auswirkungen zu thematisieren. Damit korrespondiert der Wandel der Sachdimension. Längst ist es nicht mehr nur der militärische Bereich, sondern seit den 1970er Jahren der ökonomische, seit den 1980er Jahren der ökologische und inzwischen auch der humanitäre Bereich, der unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit diskutiert wird (Renner 1989; Allenby 2000). Der Wandel der vierten Dimension, der Gefahrendimension, ist vermutlich der folgenreichste. Hier wird entschieden, wie die Gefahr konzeptualisiert wird, vor der Sicherheitspolitik schützen soll. Der Wandel, der sich hier nachweisen lässt, ist die Verschiebung von konkreten Bedrohungen im Rahmen des Kalten Krieges über Verwundbarkeiten hin zu potentiellen Risiken, deren Reduzierung erwartet wird (Daase 2002; Beck 2007).

Überforderung der Sicherheitspolitik

Der erweiterte Sicherheitsbegriff verändert die Anforderungen an die Politik. Denn wenn, erstens, nicht nur vor konkreten Bedrohungen, sondern vor potentiellen Risiken geschützt werden soll, muss die Sicherheitspolitik viel früher aktiv werden und ›proaktive‹ Maßnahmen ergreifen, um Sicherheit zu gewährleisten. Das erfordert, Entscheidungen unter einem höheren Maß an Ungewissheit zu treffen und auch in solchen Situationen präventiv einzugreifen (und entsprechende finanzielle Mittel aufzuwenden), in denen sich das Risiko möglicherweise nie zu einer manifesten Bedrohung ausgewachsen hätte (Daase/Kessler 2007). In dem Maße, in dem die Politik dabei die Illusion absoluter Sicherheit aufrecht erhält, setzt sie selber einen Standard, den sie nicht eingehalten kann: Jeder Krieg in der Welt ist das Scheitern präventiver Konfliktkontrolle, jeder Terroranschlag das Scheitern von Sicherheitsvorkehrungen, jede Hungersnot das Scheitern internationaler Lebensmittelhilfe.

Wenn in diesem Sinne, zweitens, Sicherheit nicht nur im eigenen Land und für die eigene Bevölkerung hergestellt werden soll, sondern eine globale Verantwortung angenommen wird, ist tendenziell jede internationale Krise sicherheitsrelevant und erfordert weltweites Engagement. Die kosmopolitischen Theorien, die zumindest implizit diesem Sicherheitsverständnis zugrunde liegen, gehen nicht nur von einem Vorrang des Individuums vor dem Staat aus, sondern begründen auch die Pflicht zur globalen Hilfeleistung (Pogge 2001; Wheeler 2000). Somit verstärken sich durch den erweiterten Sicherheitsbegriff politischer Druck und moralische Verpflichtung, in inter-